

Wahlprogramm der
im Altkreis Lingen

FDP



Informations
FDP
Freie Demokratische Partei
Unentbehrlich
ehrllich

Stadt gestalten
statt verwalten

Fünfzehn Minuten für fünf Jahre

Liebe Bürgerinnen und Bürger, liebe Erstwähler!

Wir begrüßen Sie auf diesen Seiten und bitten:

Investieren Sie **15 Minuten** Einblick

in das Programm der FDP

für die nächsten 5 Jahre.

Programm der FDP Lingen zur Kommunalwahl 2006

Die vorliegende Positionsschrift stellt die Ziele der FDP Lingen für die nächste Kommunalwahlperiode 2006 -2011 dar. Wir wenden uns mit unserer Politik an all jene, die nicht mehr hören können, was nicht geht, sondern moderne Lösungen erwarten und an jene, die mehr Freiheit und Verantwortung und weniger staatliche Bevormundung wollen.

Wir sind eine offene Partei, die keinen persönlichen Lebensentwurf zu zensieren beabsichtigt. Jeder Bürger soll so leben können, wie er selber möchte, solange er niemand anderem schadet.

Der Staat soll den Bürgern dienen und sie nicht beherrschen. Verwaltungen sollen nützen und nicht belasten.

Der Staat soll nur dann in die persönliche Sphäre eines Bürgers eingreifen dürfen, wenn die Sicherheit und die Entfaltungsmöglichkeiten der Bürger anders nicht gewährleistet ist oder falls die Grundsätze der freien Demokratie verletzt werden.

Wir wollen, dass sich der Staat den Prinzipien des Wettbewerbs stellt. Die Bundesländer, Städte, Kreise und Gemeinden brauchen einen Wettbewerb um die besten Lebensbedingungen ihrer Bürger.

Dies gilt für die Ausgestaltung von Schulen genauso wie bei Umweltschutz oder Steuern, Abgaben und Gebühren.

Wir erheben nicht den Anspruch auf Vollständigkeit, sondern würden uns freuen, diese und andere Themen mit Ihnen weiter zu diskutieren, um unser Programm fortlaufend weiterentwickeln zu können.



1. Bürgerfreundliche Verwaltung und Politik

Wir wollen Stadt gestalten statt verwalten!

Die Verwaltung der Stadt Lingen muss Dienstleister für die Bürger sein. Sie soll die Bürger unterstützen, dem Zusammenleben dienen und nicht unnötig belasten.

Einige Forderungen der FDP wurden bereits verwirklicht: Es wurden die Öffnungszeiten im Rathaus (Bürgerbüro) verlängert, Dienstleistungen zaghafte verbessert. Die Reformen müssen weitergehen. Schlanke Verwaltung und Politik arbeiten schneller und kostengünstiger.

Eine große Anzahl von Behördengängen kann heute per „einfachem Mausklick“ ersetzt werden. Wenn etwa der neue Personalausweis per Internet beantragt, die Gebühr online entrichtet und das ausgestellte Dokument dann per Post zugestellt werden kann, erleichtert das nicht nur den Antragsteller - entlastet wird auch die Verwaltung. Zugleich wird die Schlange der Wartenden im Rathaus kürzer

Die FDP setzt sich ein:

- a) für schnellere Verfahrensabläufe mit zugesagten Bearbeitungszeiten und verantwortlichen Ansprechpartnern,
- b) für den Ausbau von Erreichbarkeit der Verwaltungen im Internet (Stichwort e-Government).
- c) für übersichtliche und verständliche Formulare,
- d) für schnellere Entscheidungswege durch schlanke Strukturen.

In der Verwaltung bedeutet dies: Der eingeschlagene Weg zu größeren Verwaltungseinheiten mit abgeschmolzenem „Wasserkopf“ muss konsequent fortgesetzt werden. Die stetig gestiegenen Personalkosten bei der Stadt Lingen zeigen unmittelbar, dass die Sparrunden der Stadt bislang nur die ehrenamtlichen Vereine und Verbände in Lingen getroffen haben – die Verwaltungskosten sind dagegen gestiegen, nicht gesunken.

In der Politik bedeutet dies: Weniger Ausschüsse des Rates bei konzentrierter Beratungskompetenz in den verbleibenden Gremien.

Wenn derzeit z.B. ein einziger Antrag eines Lingener Unternehmens zur Erweiterung seiner Produktion und Schaffung neuer Arbeitsplätze nacheinander im Planungs- und Bauausschuss der Stadt, dann im Umweltausschuss, dann im Wirtschafts- und Grundstücksausschuss, dann möglicherweise im Verkehrsausschuss und dann abschließend im Verwaltungsausschuss bera-

ten wird, bevor der Rat der Stadt eine Entscheidung trifft, ist das keine zügige Beratung in der Sache.

Zu diesem langen Beratungsweg kommt in den Ortsteilen zumeist noch eine Beratung der **Ortsräte**. Diese sind **nicht mehr zeitgemäß** und sollten zur nächsten Kommunalwahl (2011) durch ehrenamtliche Strukturen nach dem Vorbild der Stadtteilvereine oder Förderkreise, die z.B. in Damaschke und Heukamps-Tannen erfolgreich arbeiten, ersetzt werden.

2. Verkehrsinfrastruktur

Wir wollen eine vernünftige Kombination von Straßen, Radwegen und öffentlichem Personennahverkehr!

Eine gesicherte Mobilität aller Bürger sichert die Lebensqualität einer Stadt. Die Zahl der Fahrzeuge und damit der Straßenverkehr in Lingen nimmt beständig zu, während der öffentliche Personennahverkehr fast ausschließlich auf die Schülerbeförderung konzentriert ist.

Die FDP setzt sich ein:

- a) für den Ausbau der Radwege und die Schulwegsicherung.
- b) für den Ausbau des Busverkehrs in den Kernzeiten - auch jenseits der Schülerbeförderung.
- c) für die konsequente Fortentwicklung des **Anruf Sammel Taxis (AST)** unter Beteiligung aller Lingener Beförderungsunternehmen.

3. Städtebauliche Entwicklung und Naturschutz

Wir wollen eine lebendige umweltbewusste Stadt für alle Lingener!

Die Ausweisung von Wohn- und Gewerbegebieten muss den Bedürfnissen der Menschen in der ganzen Stadt gerecht werden. Wohnen, Landwirtschaft, Naturschutz und Gewerbe sind keine Gegensätze, sondern bedürfen der demokratischen Steuerung und Entscheidung. Hierbei ist das Interesse der Stadt insgesamt der Maßstab.

Die FDP setzt sich ein:

- a) für eine konsequente Beteiligung der betroffenen Bürger bei allen Planvorhaben
- b) für eine konstruktive Diskussion um Wohnen, Landwirtschaft, Naturschutz und Gewerbe

- c) für die Berücksichtigung von Leerständen bei der Ausweisung neuer Bau-
landflächen
- d) für eine Belebung der Innenstadt ohne Verhinderungspolitik in den Orts-
kernen

Dabei kommt der Innenstadt eine besondere Bedeutung zu, für welche die Kommunalpolitik besonders verantwortlich zeichnet. Das „Erlebnis Innenstadt“ entsteht nur im Zusammenwirken der Beteiligten; deren Interessen und Beiträge zu bündeln und zu moderieren ist Aufgabe der Stadt. Dazu gehört mehr als nur die attraktive Umgestaltung von Straßenpflaster und Leuchten in der Innenstadt.

Zur Erlebnisqualität müssen die besonderen Stärken einer Stadt genutzt werden, von denen Lingen eine Menge aufweist. So ist Lingen z.B. eine feste Größe im Bereich von Kunst und Kultur— und dies weit über die Grenzen der Region hinaus. Der Kunstverein (Lingener Kunstpreis), das Weltkindertheaterfest, das Europäische Zentrum des Internationalen Amateurtheaterverbandes (IATA) sind Beispiele, die für eine Stadt unserer Größe einzigartig sind, sich aber dem Besucher der Stadt stärker erschließen könnten. Kunst im Straßenraum ist in benachbarten Städten schon lange bewährtes Instrument des Stadtmarketings. Ob bildende Kunst oder Musik und Theater – Lingen hat viel zu bieten und sollte das auch zeigen.

Daneben zeichnet die Stadt verantwortlich für die Wettbewerbssituation derjenigen, die mit **Geschäften, Gastronomie und Dienstleistung die Innenstadt attraktiv und lebendig halten.**

Neben den baurechtlichen Restriktionen (z.B. Werbemöglichkeiten) und den gegenüber den Außenbereichen Lingens aber auch gegenüber den Kerngebieten unserer Nachbarstädte höheren Mieten und Grundkosten kommt hier der Parkmöglichkeit eine zentrale Rolle zu. Es ist kein Beitrag zur Stärkung unserer Innenstadt, wenn man auf städtischen Flächen an der Georgstraße, der Meppener Straße und der Rheiner Straße kostenlos parkt, in der Innenstadt aber Parkgebühren zahlen muss.

Kostenfreies Parken in der Innenstadt ist nicht nur Gleichbehandlung aller Lingerer – es ist darüber hinaus ein attraktives Instrument zur Wirtschaftsförderung derjenigen, die sich durch ihr Engagement und ihr persönliches Risiko als Unternehmer zu Lingen und Lingens Innenstadt bekennen. Parallel ist in den Ortskernen ein umfassendes Angebot der Nahversorgung anzustreben. Die Öffnungszeiten der Parkeinrichtungen sind kundenfreundlich auszubauen, **mindestens ein Parkhaus kann und soll rund um die Uhr geöffnet sein.**

4. Landwirtschaft, Naturschutz, kommunale Energiepolitik und Energiepreise

Wir wollen kalkulierbare Preise für Strom und Wärme in einer grünen Stadt mit lebendiger Landwirtschaft und gesunder Natur!

Lingen kann den Klimawandel nicht verhindern, aber eine leistungsfähige und innovative Stadt kann und muss ihren Beitrag leisten. Zumal dann, wenn sich hierzu Möglichkeiten bieten, die allen Beteiligten zum Vorteil gereichen. Nach Inbetriebnahme erster Blockheizkraftwerke, dem Windenergiepark und den Planungen für ein Wasserkraftwerk in Lingen, ist es an der Zeit für den nächsten Schritt, etwa dem

Bau eines kommunalen Biomassekraftwerks der Stadtwerke oder der Wirtschaftsbetriebe Lingen!

Rund 270.000 Mwh (oder 270 Millionen Kilowattstunden) Strom verkaufen die Stadtwerke Lingen pro Jahr. Daneben Gas, das meist zur Erzeugung von Wärme genutzt wird. Beides – Wärme und Strom – kann in Lingen autonom und (weitgehend) klimafreundlich, weil CO₂-neutral produziert werden.

Dem liegen folgende Prämissen zugrunde:

- a) Lingen ist eine Flächenstadt mit einem Stadtgebiet von rund 176 km, etwa ein Drittel mehr als die Stadt Osnabrück mit etwa 120 qkm
- b) Lingen ist auch eine Waldstadt. Über ein Viertel des Stadtgebiets ist Wald.
- c) Die Kläranlage in Lingen entsorgt und reinigt die Abwässer der Haushalte und Betriebe auf dem Gebiet der Stadt Lingen und darüber hinaus. Als Abfallprodukt fällt Klärschlamm an, der bisher (auch) der landwirtschaftlichen Verwertung zugeführt wurde. Durch gesteigerte Qualitätsanforderungen der Lebensmittelindustrie an die Landwirtschaft und veränderte gesetzliche Rahmenbedingungen geht die Zeit der landwirtschaftlichen Verwertung von Klärschlämmen zuende. Künftig werden die Klärschlämme zuerst entwässert, dann auf eigene Kosten zu einer Verbrennungsanlage gebracht und dort verbrannt.

Dabei zahlen die Betreiber der Verbrennungsanlage nicht etwa einen Betrag an die Stadt für die Anlieferung des Brennstoffs. Die Stadt – respektive die Beitragszahler über die Abwassergebühr – zahlt an den Betreiber der Verbrennungsanlage.

Vor dem Hintergrund dieser Fakten spricht vieles dafür, in Lingen in Regie entweder der Stadtwerke (60% Stadt Lingen, 40 % RWE) oder der Wirtschaftsbetriebe Lingen (100% Stadt) ein weiteres umweltfreundliches Biomasseheizkraftwerk zur Erzeugung von Strom und Wärme in Betrieb zu nehmen. Dabei sollte die Verwertung sowohl der eigenen – wie ggfl's fremder – Klärschlämme ebenso möglich sein, wie eine Nutzung der regionalen Rohstoffe aus Land- und Forstwirtschaft, vor allem Holz und bestimmte Getreidesorten.

Andere Kommunen haben bewiesen, dass der beschriebene Weg möglich ist. So haben die Stadtwerke Neustrelitz zu Beginn des Jahres 2006 ein Holz-Heizkraftwerk in Betrieb genommen – und zugleich den Fernwärmepreis für die Bürger um 10 € / Megawattstunde gesenkt. Die Stadtwerke Leipzig haben 50 Mio € in ein Biomassekraftwerk investiert, die Stadtwerke Hannover gemeinsam mit e.on 40 Mio €. Aber auch Städte in der Größenordnung Lingen und kleiner, wie Emden und Oerlinghausen, betreiben bereits Biomassekraftwerke.

In Lingen können diese Investitionen in einem Netzwerk mit den ersten privaten Investoren - gemeinsam und abgestimmt - gestaltet werden.

Im Ergebnis bleiben die Gelder für die Verwertung des Klärschlammes in Lingen; entfallen die Transportkosten (ökologisch wie ökonomisch) zu entfernten Verbrennungsanlagen; werden durch Bau und Betrieb des Kraftwerks direkt Arbeitsplätze in Lingen geschaffen und weitere bei den Zulieferern aus Land- und Forstwirtschaft aufgebaut oder gesichert. Daneben wird durch einen „eigenen“ Anteil an Strom- und Wärmeerzeugung die Abhängigkeit von Großversorgern reduziert und Preisstabilität beim Energiebezug für die Lingerer Bürger gefördert.



5. Familien- und Sozialpolitik

Wir wollen faire Chancen für alle Menschen schaffen, den Bürger dabei jedoch nicht zum Bittsteller degradieren, sondern in seiner Eigenständigkeit stärken und bestärken.

Dies gilt auch für diejenigen, die aufgrund Krankheit, Behinderung oder Lebensalter benachteiligt sind.

Deshalb setzt die FDP auf die Bürger und ihr kreatives Potential, ihre Leistungsbereitschaft und ihren Willen, das eigene Leben selbstbestimmt und ohne staatliche Bevormundung zu gestalten.

Ohne Kinder hat unsere Gesellschaft keine Zukunft. Deshalb sind wir alle gefordert, auch **den Kommunen eine familien- und kinderfreundliche Gestaltung zu geben**, ein Umfeld zu schaffen, in dem sich Familien entfalten können und in dem die Vereinbarkeit von Familie und Beruf bestmöglich gewährleistet ist. Dies gilt auch und gerade für alleinerziehende Elternteile, Mütter wie Väter und für Familien in all ihren heutigen Lebensformen gleichermaßen.

Daher sind alle Modelle und Lösungsansätze zu fördern und zu unterstützen, die bei der Kinderbetreuung auf eine Zusammenarbeit zwischen Betrieben, städtischen Einrichtungen, freien Trägern und Anbietern individueller Betreuungsangebote setzen. **Das Wohl des Kindes hat dabei uneingeschränkt im Vordergrund zu stehen.**

Die FDP Lingen setzt sich ein :

- a) für eine weitgehende Flexibilisierung der Angebote von Kinderbetreuungseinrichtungen sowie der Schaffung eines flächendeckenden, stadtteilbezogenen Betreuungsangebotes.
Auch hier ist auf eine größtmögliche finanzielle Autonomie der einzelnen Betreuungseinrichtungen mit Selbstverwaltungsmöglichkeit zu achten. Neben der Schaffung des Angebotes auf flexible Ganztagesbetreuung ist zudem ein Ausbau der Ferienbetreuung anzustreben, um berufstätige Eltern in der Schulferienzeit zu entlasten.
- b) für eine Verbesserung der Kinderfreundlichkeit unserer Stadt durch einen städtischen Entwicklungsplan für Kinder und Jugendspielplätze nach den Bedürfnissen der einzelnen Stadtteile. Darüber hinaus ist die Attraktivität der Innenstadt für Kinder und junge Familien durch die Aufstellung von Spielgeräten und die Schaffung von

Erlebnisspielräumen weiter zu verbessern. Die Entwicklung des Marktplatzes in Zusammenarbeit mit dem Kinder- und Jugendparlament ist hier beispielgebend.

- c) für die Wahrung der Interessen aller sozialen Gruppen und aller Menschen mit ihren Talenten und Behinderungen.
Ihre Teilhabe an der Gestaltung der politischen und gesellschaftlichen Lebenswirklichkeit verstehen wir als unsere vornehmste Aufgabe. Die FDP steht daher für den regelmäßigen Austausch von Politik, Verwaltung und Selbsthilfegruppen. Die dort ehrenamtlich Tätigen haben in ihrer täglichen Arbeit Anspruch auf die volle Unterstützung durch die kommunale Sozialgemeinschaft. **Ideell und finanziell akzeptiert die FDP hier keinerlei Kürzungen.**
- d) für eine **aktive Präventionspolitik gegen Sucht und Gewalt als wesentlicher Bestandteil der liberalen Sozialpolitik.**
Dabei ist ein ausgewogenes Mittel zwischen ordnungspolitischen Maßnahmen, wo diese geboten sind, und unterstützenden Suchthilfemaßnahmen - unter Berücksichtigung der Hilfsbedürftigkeit der Betroffenen - zu schaffen. Darüber hinaus ist sicher zu stellen, dass dem Jugendschutz dergestalt Durchsetzung und Geltung verschafft wird, dass Jugendliche bei Veranstaltungen und in Vereinen vor dem Kontakt mit Suchtmitteln geschützt werden. **Begleitend ist mit Präventionsprogrammen bereits im Kindergarten und in Grundschulen zu beginnen, und hierbei auch an die Vorbildfunktion von Eltern und Erziehungsberechtigten zu appellieren.**



6. Schule, Bildung und Chancen für junge Menschen

Für das Leben schulen, nicht für die Schule leben...

... oder wie Albert Einstein es formuliert hat:

„Die höhere Schule hat die geistigen und menschlichen Qualitäten zu entwickeln ohne Rücksicht auf die unmittelbare Brauchbarkeit des Vermittelten.“

Bildung und Ausbildung stehen heute an erster Stelle, wenn es darum geht beruflich in der Gesellschaft Fuß zu fassen. Über die Hälfte der Menschen ohne Arbeit haben keine Berufsausbildung absolviert, nahezu ein Viertel haben keinen Schulabschluss. Für gut ausgebildete Menschen ist das Risiko von Arbeitslosigkeit betroffen zu sein dagegen wesentlich geringer.

In der Arbeitswelt von heute brauchen wir leistungsbereite und leistungsfähige Menschen, die mit Ihrer Arbeit unseren gesellschaftlichen Wohlstand erwirtschaften. Denn alle Wohltaten die der Staat verteilt, und die oft gerne und lautstark eingefordert werden, müssen zuerst erarbeitet werden.

Diese einfache Grundwahrheit gerät leider zunehmend aus dem Blick der politisch Handelnden und führt zu Verzerrungen in der politischen und gesellschaftlichen Diskussion, die auch durch ständige Wiederholungen nicht zutreffender werden. Ein gutes Beispiel für diese schlechte Diskussion rankt sich um die Bevölkerungsentwicklung in unserem Land.

Dabei wird das Phänomen der alternden Gesellschaft zuerst und vor allem unter dem Gesichtspunkt diskutiert, dass mehr Kinder zur Sicherung der sozialen Versorgungssysteme gebraucht würden. Auf eine verkürzte Formel gebracht: Mehr Kinder sichern ein Mehr an Rente und schon deswegen müsse der Staat alles tun, um eine steigende Geburtenrate zu erreichen. Diese Diskussion muss vom Kopf wieder auf die Füße gestellt werden.

Die Frage muss lauten, welche Chancen und Perspektiven wir unseren Kindern und jungen Menschen bieten.



Daran muss sich Politik messen lassen. Und hier steht der Zugang zu guter Bildung und Ausbildung für alle Menschen in unserem Land als Zielsetzung ganz vorne an. Sie ist der Schlüssel zum beruflichen Erfolg, dieser ist seinerseits die Grundlage der Verwirklichung der eigenen Lebensbestimmung und Selbstverwirklichung.

Vor diesem Hintergrund muss die Institution Schule sich heute neuen Herausforderungen stellen. Schulbildung ist nicht mehr nur als Weg zu vordefinierten Zielen zu verstehen.

Schule ist vielmehr ein Lern- und Lebensraum, in dem Bildung auch in eigenverantwortlicher Mitgestaltung erfolgt. In der Schule muss die Befähigung erworben werden den Anspruch auf Selbstbestimmung und die Entwicklung eigener Lebensbestimmungen zu verwirklichen, diesen Anspruch auch für alle Mitmenschen anzuerkennen und Mitverantwortung für die Gestaltung der zwischenmenschlichen Beziehungen und der ökonomischen, gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Verhältnisse zu übernehmen.

Ob dies an dem Kern liberaler Politik, einer auf Toleranz, Respekt und Verantwortung dem anderen gegenüber ausgerichteten Lebenshaltung festgemacht wird, oder an der franziskanischen Leitlinie, wonach **jede Begegnung mit dem anderen Menschen durch Wertschätzung seiner Person und seines konfessionellen und kulturellen Lebensraumes gekennzeichnet sein soll**, beschreibt nur zwei von vielen verschiedenen Wegen zur gleichen Zielsetzung.

Nur scheinbar selbstverständlich, gehört zur Erreichung dieses Anspruchs auch die Vermittlung grundlegender Fertigkeiten, insbesondere **das Beherrschen der deutschen Sprache, fremdsprachliche und naturwissenschaftliche Grundkenntnisse. Diese bilden das notwendige Fundament zuerst der eigenen Selbstverwirklichung, sodann aber auch der geistigen Haltung gegenüber dem anderen.** Die Einbindung in überregionale Wettbewerbe wie „Jugend forscht“ oder dem „Bundeswettbewerb Sprachen“ setzt zusätzliche Akzente.

Dabei setzen die Liberalen auch in der Bildung auf Vielfalt und Wettbewerb. Integrierte, kooperative und gegliederte Systeme; private und staatliche Schulen. Dies setzt sich auch nach dem (ersten) Abschluss fort. Auch nach einem Sekundar I Abschluss und einer anschließenden Berufsausbildung bleibt der Weg zu weiterer Qualifikation offen und vielfältig. Ob Meisterschule, Fachhochschule oder Zusatzqualifikation: Zugang zu Bildung ist Menschenrecht, für alle Menschen und ein Leben lang.

Die FDP setzt sich ein:

- a) Für eine vielfältige Schullandschaft, in der private und staatliche Schulen; kooperative, integrierte und gegliederte Systeme nebeneinander bestehen.
- b) Für die eigenverantwortliche Schule, in der die einzelne Schule die Chance und den Anreiz zur eigenen Profilierung im Wettbewerb mit anderen erhält. Die FDP begrüßt ausdrücklich die Beteiligung des Landkreises Emsland am Modellprojekt eigenverantwortliche Schule – unterstützt vom Land Niedersachsen und der Bertelsmann-Stiftung.
- c) Für eine personelle Ausstattung der staatlichen Schulen, die volle Unterrichtsversorgung gewährleistet. Das Land Niedersachsen hat sich dieser Verantwortung unter der CDU/FDP Landesregierung gestellt. 67.702 Lehrkräfte an allgemeinbildenden Schulen und 16.337 Lehrer an berufsbildenden Schulen (davon 29510 und 4147 in Teilzeit) stellen die höchste „Lehrerdichte“ aller Zeiten dar. Wo es im Einzelfall regional dennoch zu Engpässen kommt, sind die eigenverantwortliche Schule mit ihrem eigenen Budget und der kommunale Schulträger in der Verantwortung.
- d) Für ein breites Angebot zur weiteren Qualifizierung auch nach der Schule und nach der Berufsausbildung. Mit dem Ausbau der Fachhochschule, der Berufsakademie und dem Angebot der Kammern ist Lingen hervorragend positioniert. Dieses Standortprädikat gilt es sorgsam zu bewahren und zu entwickeln.



7. Arbeitsplätze und Wirtschaftsförderung im ländlichen Raum

Wir wollen einen attraktiven Wirtschaftsstandort mit wohnortnahen Arbeitsplätzen für alle Menschen im Landkreis!

Unsere Mitbürger sollen im Landkreis Emsland leben und arbeiten können. Hierzu müssen gerade im ländlichen Raum wohnortnah ausreichend Arbeitsplätze vorhanden sein. **Arbeit hat Vorfahrt.**

Arbeit ist mehr als Erwerbseinkommen. Arbeit bedeutet soziale Integration, Anerkennung und die Möglichkeit, ein selbstbestimmtes Leben in Würde zu führen und das Einkommen für sich und die eigene Familie selbst zu sichern. Wirtschaftsförderung heißt auch Förderung von Arbeitgebern, denn **„Arbeitgeber geben Arbeit“.**

Gute Wirtschaftspolitik muss Politik für den Mittelstand sein, denn 99 % der Unternehmen zählen in Deutschland zum Mittelstand. Diese stellen drei Viertel aller sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze und über 80 % der Ausbildungsplätze. **Neue Arbeits- und Ausbildungsplätze entstehen vor allem im Mittelstand.**

Für die FDP gehört eine positive Einstellung gegenüber den Unternehmen, die „etwas unternehmen wollen und können“, zu einem überzeugten Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft. Wettbewerb ist das Kernelement der Sozialen Marktwirtschaft. Die FDP als die **Partei der sozialen Marktwirtschaft** setzt auf Wettbewerb in allen Bereichen. Der Staat ist kein Unternehmer und soll es auch gar nicht sein. Wo Aufgaben von privaten Unternehmen effizienter als durch öffentliche Einrichtungen durchgeführt werden können, sollte staatliches Handeln in den Hintergrund treten.

Die FDP setzt sich ein:

- a) für eine gezielte Wirtschaftsförderung des Mittelstandes und des Handwerks

Die FDP fordert ein Gleichbehandlungsgesetz zugunsten des deutschen Mittelstandes, das alle gesetzlich verursachten Benachteiligungen kleiner und mittlerer Unternehmen gegenüber Großunternehmen im Interesse der Wettbewerbsgleichheit beseitigt.

Die beste Politik für den Jobmotor Mittelstand ist eine gute Ordnungspolitik. Deshalb gehören konsequent alle Subventionen und wettbewerbsverzerrenden Regelungen auf den Prüfstand. Die Anzahl der geforderten Statistiken muss deutlich verringert werden. Bei Erhebungs-, Melde- und Prüfverfahren, die zur Überwälzung von Bürokratie auf die Unternehmen führen, sind die zeitlichen Intervalle zu vergrößern.

- b) für die Unterstützung von Existenzgründungen
Wir fordern, durch geeignete Maßnahmen die Bereitschaft und Fähigkeit zur Existenzgründung zu verbessern. **In den Schulen ist eine bessere Vermittlung wirtschaftlichen und insbesondere unternehmerischen Handelns notwendig.** Die Programme zur finanziellen Förderung von Existenzgründungen müssen gestrafft und entbürokratisiert werden. In Lingen sind die städtischen Existenzförderprogramme auch mit Existenzgründungsdarlehen zu unterlegen.
- c) für eine wirtschaftsfördernde Grundhaltung in der Verwaltung
Dabei setzt die FDP insbesondere auf Verlässlichkeit. Die „stark individualisierte“ Genehmigungs- und Förderpraxis in der Stadt Lingen erlaubt einigen nahezu alles, anderen wird der Weg blockiert. Nicht immer können diese unterschiedlichen Ansätze von Verwaltung und Mehrheitsfraktion auf allgemein erkennbare objektive Kriterien zurück geführt werden. Die FDP setzt sich für eine gute Infrastruktur, niedrige Abgaben und Gebühren sowie niedrige Steuersätze ein. **Auf die Hundesteuer möchten wir ganz verzichten.** Diese und andere Gütekriterien des Standorts Lingen müssen für alle Unternehmen gelten und bedürfen der ständigen Weiterentwicklung und Pflege.
Die vielen von der CDU mit ihrer Mehrheit durchgesetzten, nichtöffentlich getroffenen Einzelfall-Privilegierungen derjenigen, die besonders laut und drohend danach verlangen, lehnen wir Liberalen als kontraproduktiv, ungerecht und wettbewerbs-verzerrend ab.
- d) für die Förderung des Tourismus im Emsland
Der Tourismussektor ist eine der wichtigsten Dienstleistungs- und Wachstumsbranchen mit zahlreichen Arbeits- und Ausbildungsplätzen. Die FDP steht für eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für die mittelständische Tourismuswirtschaft. Neben der weiteren Liberalisierung der Ladenöffnungs- und der Sperrzeiten in der Außengastronomie wollen wir mit Verkrustungen in Verwaltung und Verwaltungsrecht aufräumen, die der Schaffung neuer Arbeitsplätze in der Tourismusbranche im Wege stehen.

- e) für die gezielte Förderung der Landwirtschaft zur Entwicklung des ländlichen Raums
Die emsländische Ernährungs- und Agrarwirtschaft sichert in bedeutendem Umfang Arbeits- und Ausbildungsplätze. **Die Landwirtschaft ist als „Unternehmer-Landwirtschaft“ eine erfolgreiche, innovative und leistungsorientierte Branche.** Sie ist von zentraler Bedeutung für den ländlichen Raum. Die FDP will die Rahmenbedingungen für die emsländische Ernährungs- und Agrarwirtschaft deutlich verbessern.
- f) **Landwirte müssen von bürokratischer Gängelung und Marktregulierungen befreit werden, um wieder Unternehmer sein zu können.** Ziel muss es sein, den wesentlichen Teil des Einkommens am Markt zu erwirtschaften, unabhängig davon, ob dies mit sogenanntem konventionellen Anbau oder Ökolandbau realisiert wird. Die Agrarpolitik muss sich zukünftig stärker an den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft und der Nachhaltigkeit orientieren.
- g) Mit der nationalen Umsetzung der EU-Agrarreform wird das FDP-Modell einer Kulturlandschaftsprämie umgesetzt. **Damit erhalten Landwirte für ihre Leistungen zur Pflege und Erhaltung unserer Kulturlandschaft eine Kulturlandschaftsprämie.** Im Gegenzug fallen schrittweise die bisherigen bürokratischen Marktregulierungen.
- h) Wir brauchen „frischen Wind“ in der Agrar- und Verbraucherpolitik: **mehr soziale Marktwirtschaft statt staatliche Eingriffe.**



8. Finanzen und Ehrenamt

Wir wollen durch eine solide Finanzpolitik kommunale Gestaltungsspielräume sichern!

Das Ziel der **Haushaltskonsolidierung** wird von allen im Rat reklamiert – ernstzunehmende Anstrengungen, bei den Ausgaben mit dem auszukommen, was an Einnahmen zur Verfügung steht, fehlen der Mehrheitsfraktion jedoch.

Seit 1991 wiederholt sich ein alljährliches Ritual: Die Beratung des Haushaltsplans der Stadt. Die CDU verabschiedet ihn mit ihrer Mehrheit – und mit den alljährlich wachsenden Schulden. Die SPD lehnt zumeist ab – weil weitergehende (und in der Regel nicht gegenfinanzierte) Forderungen zum Haushalt abgelehnt werden. Die FDP bringt Einsparvorschläge ein und lehnt den Haushalt (bis auf zwei Ausnahmen) dann ab, weil die Schulden- und Zinslast weiter steigt.

Wie man es auch dreht und wendet:

Selbst eine gute Stadtpolitik ist schlecht, wenn sie - gegen die Vernunft jedes privaten Haushalts oder Unternehmens - auf Pump gebaut ist.

Die Schuldenspirale reduziert die Gestaltungsspielräume heute – und vernichtet die Chancen kommender Generationen!

Es bleibt dabei: Auf einem Schuldenberg kann kein Kind spielen.

Das FDP-Steuerkonzept im Bund bekennt sich klar zu einer **Abschaffung der Gewerbesteuer** und sieht eine solide kommunale Ersatzfinanzierung vor. Die Gewerbesteuer belastet einseitig deutsche Unternehmen und verschlechtert deren Wettbewerbsposition mit anderen europäischen Unternehmen. Besonders absurd ist es, wenn Personenunternehmen erst aufwendig eine Gewerbesteuerbilanz erstellen müssen, um die so ermittelte Gewerbesteuer anschließend wieder verrechnen zu können.

Steuersystematisch verhindert die Gewerbesteuer die rechtsformneutrale Unternehmensbesteuerung. Und bei den Gemeinden lässt die Gewerbesteuer wegen ihres stark zyklischen Aufkommens eine kontinuierliche und solide Finanzplanung nicht zu. Es kommt hinzu, dass in der derzeitigen Ausgestaltung die Unternehmen selbst bestimmen in welcher Gemeinde sie ihre Gewerbesteuer bezahlen. Der Standort des Betriebs ist vom Standort der Gewerbesteuerzahlung mittlerweile fast vollständig losgelöst.

Die **Liberalen Gemeindefinanzreform** nimmt den gewichtigen Wunsch der Gemeinden nach einem stabilen finanziellen Fundament ernst. Neben dem kommunalen Zuschlag mit eigenem Hebesatzrecht auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer sieht sie ausgleichend eine Erhöhung des Anteils der Gemeinden an der Umsatzsteuer von derzeit 2,2 % auf 12 % vor.

Die FDP setzt sich ein:

- a) für einen Schuldenabbau zur Senkung der Zinslasten und einer lebenswerten Zukunft nachfolgender Generationen
- b) für eine stabile und für die Städte und Gemeinden finanzierbare Kreisumlage
- c) für eine Reduzierung von Aufgaben und Personalkosten in der Verwaltung
- d) für einen effizienteren Mitteleinsatz in allen Bereichen. Dort wo dies möglich ist durch Aufgabenerledigung der Stadt im Zusammenwirken mit kompetentem und engagiertem Ehrenamt. **Freiwillige Feuerwehr und Tierschutz** sind Paradebeispiele für die kostengünstige und leistungsstarke Erledigung kommunaler Pflichtaufgaben durch Bürger im – unterstützten – Ehrenamt. **Aber auch das Engagement der Sportvereine hilft und nützt allen in der Stadt; Kirchengemeinden, SKM und SKF, Aids-Hilfe und Lingener Tafel; Kinderschutzbund und Drogenberatungsstelle, Bürgervereine und Spielplatzinitiativen und viele andere übernehmen Aufgaben der kommunalen Sozialgemeinschaft**, die von der Stadt selbst nicht auf demselben Niveau oder nicht zu denselben öffentlichen Kosten angeboten werden könnten.
- e) für die Abschaffung der Hundesteuer und der sonstigen Vergnügungssteuern (sog. „Tanzmarken“). Weder das Halten eines Hundes noch das Tanzen auf dem Schützenfest stellen heute einen steuerlich abzuschöpfenden „Luxus“ dar. Zudem sind diese Steuern keine wesentliche Einnahmequelle für die Kommune, wohl aber Quell von Bürokratie und Verwaltung.



9. Sport für Gesundheit und Integration

Wir stehen für den Ausbau der notwendigen Rahmenbedingungen in Lingen, damit den Bürgern der Stadt ein vielfältiges Angebot an Bewegungsmöglichkeiten zur Verfügung steht.

Lingen verfügt über eine breit gefächerte Sportlandschaft, bietet Angebote in den unterschiedlichsten Sportarten und hat bemerkenswert viele leistungsstarke Sportler, die an Landes- und Deutschen Meisterschaften mit Erfolg teilnehmen.

Die FDP setzt sich ein:

- a) für das verstärkte Angebot von Sport in den Kindertagesstätten als Beginn einer lebenslangen Bewegungskultur,
- b) für den Erhalt und Ausbau der freien Spiel- und Grünflächen im Stadtgebiet („Bolzplätze“),
- c) für den konsequenten Ausbau des LINUS, das als überregional bedeutendes Sport- und Freizeitbad weiter etabliert und gefestigt werden muss.

Der weitere Ausbau des LINUS, ausdrücklich auch mit einer 50-Meter-Bahn, hat im Rahmen der Zukunftsinvestitionen für Lingen bei der FDP eine hohe Priorität. Die Entscheidung der CDU, ausgerechnet diese größere Investition auf unbestimmte Zeit zu verschieben, hält die FDP für falsch. Das Herumdoktern an der insbesondere im Freibadbereich völlig veralteten Technik verursacht hohe laufende Kosten, die erforderlich sind um den Badebetrieb überhaupt aufrecht erhalten zu können.

Eine einmalige höhere Investition ist vor dem Hintergrund der Bedeutung des LINUS für Sport, Schule, Freizeit und Erlebnis- sowie Aufenthaltskultur in Lingen gerechtfertigt und erforderlich.

Das Schließen der drei früheren Bäder und die Konzentration auf einen Standort ist mit dem Versprechen „Lingen ist spitze“ verbunden gewesen. Nach gutem Start droht der Stadtpolitik nun hier die Puste auszugehen.

10. Demokratie und Vielfalt

Wir stehen für eine Politik im Interesse aller Bürger, die Vielfalt, Freiheit und Eigenverantwortung als Chance begreift, und dem Verharren im Konservativen kreativ und konstruktiv begegnet!

Bei der Kommunalwahl im Jahr 2001 erzielte die CDU bei einer Wahlbeteiligung von gut 51 % der Wahlberechtigten ein Ergebnis von 65 % der Stimmen. Daraus wurden nach dem 2001 geltenden „Zählverfahren“ 69 % der Sitze im Rat der Stadt und 82 % der Sitze in den großen Ausschüssen des Rates der Stadt.

In den Ortsräten sind die Auswirkungen des Zählverfahrens teilweise noch dramatischer gewesen. So gibt es etwa in Clusorth-Bramhar einen neunköpfigen Ortsrat, der sich allein aus Mitgliedern der CDU zusammensetzt.

Derartige Mehrheitsverhältnisse lassen gelebte Demokratie und das Ringen um die besten Entscheidungen für die Bürger und ihre Stadt nur noch eingeschränkt zu.

Selbst die Kontrolle der Verwaltung, eigentlich eine Aufgabe des gesamten Rates, ist nur noch punktuell möglich. Sie setzt angesichts der Mehrheitsverhältnisse in den Ausschüssen regelmäßig die Wahrnehmung spezieller Minderheitsrechte, etwa dem Recht auf Akteneinsicht - das allen Fraktionen zusteht - voraus.

Die FDP im Rat der Stadt Lingen hat sich dieser Verantwortung, im Rahmen des Vernünftigen und Leistbaren, wie keine andere Partei im Rat der Stadt gestellt. Auch dann, wenn im Interesse der Stadt keine Veröffentlichungen damit verbunden werden konnten.

Zu dieser Aufgabenwahrnehmung stehen wir, und für die Fortsetzung dieser konstruktiven Arbeit im Sinne der Stadt und im Sinne einer vielfältigen und im besten Sinne „bunten“ Gesellschaft in Lingen, bitten wir bei der anstehenden Kommunalwahl um Ihre Unterstützung.

Andere klassisch demokratische „Oppositionsrechte“, etwa das Erzwingen einer Ratssitzung, stehen in Lingen auch dem Zusammenschluss aller Oppositionsratsmitglieder derzeit nicht offen. Denn für dieses und andere demokratische Rechte bedarf es der Stimmen von einem Drittel der Ratsmitglieder. Dieses Quorum kann bei der aktuellen Sitzverteilung im Rat der Stadt gegen die CDU nicht erreicht werden.

Die landesgesetzliche Änderung des Zählverfahrens ist ein gute Grundlage für ein „Mehr“ an Demokratie und Vielfalt in Niedersachsen. Speziell in Lingen und dem Emsland bedarf es daneben einer stärkeren Wahlbeteiligung, damit in den kommunalen Parlamenten das vielfältige und offene Zusammenleben der Menschen abgebildet wird. Dies ist die Voraussetzung für unser Leitbild kommunaler Politik.

Wir verstehen Demokratie in der Ratspolitik der Stadt Lingen so, dass sich die gewählten Mitglieder des Rates mit ihrer Aufgabe der Vertretung Lingener Bürgerinnen und Bürger und auf Grund ihrer Qualifikation einbringen und damit Politik anerkannt mitgestalten können.

Fakt in Lingen ist aber, dass Gruppen außerhalb der Mehrheitsfraktion selten ihre Ideen verwirklicht sehen können. Deren Inhalte werden wenig engagiert von der Mehrheitsfraktion zur Kenntnis genommen und oft nicht einmal diskutiert. Vorhaben und Ideen anderer Parteien, die von der CDU inhaltlich für gut befunden werden, erfahren in geheimen Verwaltungsausschusssitzungen zunächst Ablehnung. Später wird die vorher abgelehnte Idee der anderen leicht modifiziert selbst aufgelegt und dann natürlich positiv abgestimmt. Dann begleitet von großer öffentlicher Diskussion.

Oftmals sind für alle Bürgerinnen und Bürger in Lingen die anstehenden Ratsbeschlüsse (in Vorahnung des Entscheidungsergebnisses) bereits am selben Tag oder weit vorher in der Zeitung zu lesen.

Dies macht deutlich, wie sehr sich Mehrheitsfraktion und Verwaltung daran gewöhnt haben, dass Entscheidungen in der CDU-Fraktions-sitzung getroffen und dann in den gewählten Gremien der Stadt nur noch durch gewunken werden — eine seltsame Wertschätzung der einzelnen Meinung und des Diskussionsbeitrages eines jeden gewählten Ratsmitgliedes und der zugezogenen Fachleute. So kann ein durch alle abgestimmtes und mitgetragenes Konzept zu vielen Bereichen der Stadtpolitik erst gar nicht entstehen.

Die FDP setzt sich ein:

- a) für ein faires Miteinander in Rat und Öffentlichkeit, das gemeinsames Entwickeln guter Stadtpolitik ermöglicht,
- b) für eine Beteiligung aller gewählten Mitglieder des Rates an den Entscheidungen in der Stadt,
- c) für die Beteiligung von Bürgervereinen an Entscheidungsprozessen für Stadt- und Ortsteile. Dies setzt eine umfassende Information und Gesprächsbereitschaft der Stadt mit den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern voraus.

Von führenden Wirtschaftswissenschaftlern empfohlen.



In diesem Sinne wirbt die FDP Lingen um Ihr Vertrauen.

*Die Kandidaten in Ihrem Wahlbereich werden sich für die
Umsetzung dieses Programms in ihrer täglichen Arbeit
einsetzen.*

*Mit Ihrer Stimme für unsere Kandidaten kann dies
im Rat der Stadt Lingen (Ems) und
im Kreistag des Landkreises Emsland geschehen.
Mit Ihrer Mitgliedschaft können Sie über den
(Wahl)Tag hinaus Ihr Engagement dokumentieren.*

*Die FDP ist die einzige Freiheitspartei in Deutschland.
Sie steht einem Lager von Staatsparteien gegenüber.*

*Wir setzen als einzige zuerst auf den Bürger,
auf seine Eigenverantwortung und Selbstbestimmung,
und setzen uns gegen Fremdbestimmung,
Bevormundung und Bürokratie ein.
Wir setzen auf Chancengleichheit am Start,
nicht auf staatlich verordnete Ergebnisgleichheit.*

*Rot-Grün wie Schwarz-Rot stehen für das Gegenteil.
Für mehr Staat, mehr Steuern, mehr Bürokratie
und für andauernde Flickschusterei
an immer komplizierteren, unverständlicheren
und vor allem immer ungerechteren Verteilungssystemen.*

*Mit der Zusendung der nebenstehenden Erklärung setzen
Sie das sichtbarste Zeichen gegen diese falsche Politik.*

An die
FDP Lingen / Emsland-Süd
Rathausgasse 1,
49808 Lingen (Ems)

Ich beantrage die Mitgliedschaft in der
FDP Lingen / Emsland-Süd, und erkläre mich bereit,
den Mitgliedsbeitrag nach der Beitragsordnung zu zahlen
(Mindestbeitrag 8 € monatlich).
Ich erkläre außerdem, dass ich keiner anderen Partei angehöre.

Name..... Vorname.....

Adresse

Geburtsdatum..... Geburtsort.....

Telefon..... eMail.....

Ich ermächtige die FDP Lingen / Emsland-Süd, den monatlichen Mit-
gliedsbeitrag in Höhe von Euro mittels Lastschrift halbjährlich
von meinem Konto einzuziehen.

Kontoinhaber:

Geldinstitut

Kontonummer:

Bankleitzahl

Ort:.....

Datum:.....

Unterschrift:



*Wir bedanken uns für Ihr Interesse.
Für Fragen oder Anregungen stehen wir
gern zur Verfügung.*

*Jens Beeck
Vorsitzender
0171 1225730
jb@anwalt-beeck.de*

*Walter Kellner
Ehrevorsitzender*

*Anna Matern-Bandt
stv. Vorsitzende
0171-5756013
matern-bandt@t-online.de*

*FDP Lingen / Emsland-Süd
Rathausgasse 1, 49808 Lingen (Ems)
www.fdp-lingen.de*